

veränität auch erfolgreich nach aussen dokumentiert und eine wirkungsvolle Selbstdarstellung unternimmt. In den ausländischen Medien existiert Liechtenstein oft als Klischee. Politiker müssen sich deshalb dafür einsetzen, dass Liechtenstein das Erscheinungsbild erhält, das es verdient. Zusätzliche Anstrengungen im Informationsbereich müssen ebenfalls dazu führen, die Klischeevorstellungen über Liechtenstein verschwinden zu lassen.

● **Pflege der nachbarlichen Beziehungen**

Wegen seiner geringen Grösse und der geographischen Lage wird Liechtenstein auch in Zukunft den bilateralen Beziehungen mit den beiden Nachbarn Schweiz und Österreich besondere Bedeutung beimessen.

Mit der *Schweiz* ist unser Land insbesondere durch den Zollvertrag verbunden, der – wirtschaftlich gesehen – vor allem dem Vertragspartner Liechtenstein Vorteile bringt. Mit dem Abschluss des Zollvertrags hat aber das Fürstentum Liechtenstein bestimmte Bereiche der Aussenpolitik in die Kompetenz der Eidgenossenschaft gegeben, solange der Zollvertrag mit der Schweiz in Kraft steht. Das ist z.T. aus der Kleinheit des Landes zu erklären, dem es – zur Zeit des Vertragsabschlusses wie auch heute – an der nötigen materiellen und personellen Infrastruktur fehlt.

War es in den 20er Jahren üblich, Wirtschaftsverträge vor allem bilateral abzuschliessen, verlangt eine moderne, dynamische Wirtschafts- und Aussenpolitik auch eine multilaterale Ausrichtung. Schliesslich können in einer Zeit der grossen wirtschaftlichen Zusammenschlüsse Wirtschaft und Aussenpolitik nicht mehr isoliert voneinander betrachtet werden.

Die Beziehungen zu *Österreich* haben in den letzten Jahren einen Auftrieb erfahren, der sich vor allem im Bereich der rechtlichen Zusammenarbeit, der Ausbildung und Erziehung und des Sozialwesens niedergeschlagen hat.

Beide Nachbarstaaten sind also für Liechtenstein zuverlässige Partner, und zwar nicht nur, was die Aussenpolitik anbelangt, sondern in der Politik allgemein.

Ausweitung der bilateralen Beziehungen Liechtensteins zu seinem Nachbarn Österreich im Bereich der Bildungspolitik: Mit der Unterzeichnung des Zusatzabkommens über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse durch den österreichischen Aussenminister Dr. Willibald Pahr und Regierungschef Hans Brunhart am 12. November 1982 in Vaduz werden die Maturazeugnisse des neu geschaffenen Typus E von Österreich anerkannt.

